

Energieverband unterstützt Wärmegesetz

*FDP verurteilt Streit um die
Vorlage in der Koalition*

PADERBORN. Der Bundesverband Erneuerbare Energien (BEE) hält ein Wärmegesetz, für das sich Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) gestern in der Berliner Zeitung ausgesprochen hatte, für dringend notwendig. Mit einem solchen Gesetz ließen sich nach Einschätzung des BEE die Vorgaben der Europäischen Union zur Einsparung von Kohlendioxid erreichen. „Nirgendwo sonst können so schnell und kostengünstig Öl und Gas ersetzt werden wie im Wärmesektor“, sagte der BEE-Geschäftsführer Milan Nitzschke. Zudem könnten damit in Deutschland Investitionen angestoßen werden, die die Branche auf 70 Milliarden Euro beziffert. Damit sei auch die Schaffung von über 50 000 Arbeitsplätzen verbunden. Gabriel hatte sich gestern unter anderem für einen Aufschlag auf die Heizkostenrechnung aus ausgesprochen, um erneuerbare Energiequellen stärker zu fördern.

Der umweltpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Michael Kauch, erklärte, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der unsicheren Öl- und Gaslieferungen aus Russland sei die Wärmeerzeugung aus erneuerbaren Energien von aktueller Bedeutung. „Umso negativer ist es, dass die große Koalition in Sachen Wärmegesetz auf ihrem absoluten Tiefpunkt angelangt ist.“ Kauch kritisierte den aktuellen Streit zwischen Union und SPD um das Wärmegesetz. Die Koalition wüsste nicht, wohin die Reise gehen solle. Wegen des Widerstands aus der Union war das Wärmegesetz 2006 vertagt worden.

Mieterbund will Kostenausgleich

Der Deutsche Mieterbund erklärte, ein Heizkostenaufschlag, um damit Wärme aus erneuerbaren Energien zu fördern, sei akzeptabel, wenn die Bundesregierung gleichzeitig alles dafür tue, die Mehrkosten durch eine bessere Energieeffizienz in Gebäuden zu kompensieren. Außerdem müsse es einen Kostenausgleich für einkommensschwache Haushalte geben. Der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen nannte es dagegen kaum verständlich, dass die Bundesregierung angesichts der ohnehin schon starken Preissteigerungen für Heizenergie noch weitere Belastungen in Erwägung ziehen könne. (gl/AP)